Nr. 170 A 87 Morgen-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 11. April 1929 V

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt", „Finanz- und Handelsblatt". — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeitbilder" und „Literarische Umschau". — Mittwoch: „Reise und Wanderung". — Donnerstag: „Recht und Leben".

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung Anzeigenpreise: mm-Zeile 30 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Red. (m. Ausn. d. Handelsl.): i. V. Dr. Graf Montgelas, Bln., Unv. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff (A 7) 3600—3695, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3699. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Erweiterung des Reichskabinetts

Drei Zentrumsminister treten ein / Voraussichtlich Wirth, Stegerwald und von Guérard / Voller Erfolg der Regierungsaktion

Der Appell des Reichskabinettes an die Fraktionen der Demokraten, der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Bayrischen Volkspartei, hat vollen Erfolg gehabt. Im Deutschen Reichstag gibt es von heute ab eine festgefügte Mehrheit, die entschlossen ist, die Reichsregierung bei der parlamentarischen Durchführung eines bestimmten Arbeitsprogramms zu unterstützen.

Diese Reichsregierung wird in ihrer personellen Zusammensetzung verändert sein. Das Zentrum, das bis vor wenigen Wochen im Parlament Müller-Franken lediglich durch den Reichsverkehrsminister von Guérard und seither gar nicht vertreten war, wird im Reichskabinett jetzt drei seiner stärksten Persönlichkeiten haben. Die Zentrumsfraktion hat den Reichskanzler ersucht, dem Reichspräsidenten die Ernennung des früheren Reichskanzler Dr. Wirth zum Reichsminister für die besetzten Gebiete, des früheren Preußischen Ministerpräsidenten Dr. Stegerwald zum Reichsverkehrsminister und des früheren Reichsverkehrsministers von Guérard zum Reichsjustizminister vorzuschlagen. Der Reichskanzler wird heute dem Reichspräsidenten Vortrag halten und bei dieser Gelegenheit ihm seine Vorschläge für die Erweiterung des Reichskabinettes machen. Das bedeutet noch nicht die Große Koalition, die sich als logische Folgerung aus dem Ergebnisse der Maiwahlen 1928 ergab, aber es ist die letzte Etappe auf dem Wege zu dieser Koalitionsmehrheit.

Der Appell des Reichskabinetts

Die Entschließungen, zu denen das Reichskabinett gestern vormittag durch einstimmiges Votum gelangt ist, und die den Fraktionen übermittelt worden sind, hatten folgenden Wortlaut:

„Angesichts der außen- und innenpolitischen Lage und insbesondere im Hinblick auf die augenblicklich in Paris tagende Reparationskonferenz ist eine aktionsfähige Regierung in Deutschland das unabweisbare Erfordernis. Die Reichsregierung wird daher ihre ganze Kraft daransetzen, daß die Grundlagen der deutschen Staatswirtschaft nicht erschüttert werden und deshalb insbesondere der Reichshaushaltsplan 1929 alsbald im Reichstag zur Verabschiedung gelangt.

Zu diesem Zweck bekräftigt die Reichsregierung ihren bereits am vergangenen Sonntag nach eingehender Prüfung im Hinblick auf die gesamtpolitischen Notwendigkeiten gefaßten Beschluß, unter Rückstellung ihrer Bedenken auf den Boden der Vorschläge zu treten, welche von den Sachverständigen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei gemeinsam vereinbart worden sind. Für die Durchsetzung der so zustandegekommenen Vorschläge, einschließlich derjenigen für den Haushalt des Reichswehrministeriums, wird die Reichsregierung sich geschlossen einsetzen.

Die Reichsregierung erwartet, daß die vorgenannten Fraktionen des Reichstages sie in dieser Arbeit unterstützen und etwaigen Anträgen auf weitere Streichungen über die genannten Vorschläge hinaus oder auf höhere Ausgabenbewilligungen den erforderlichen Widerstand entgegensetzen werden. Sie erwartet weiter, daß zur Gewährleistung eines reibungslosen Ganges der Reichsgeschäfte Anträge von grundlegender Bedeutung überhaupt nur im gegenseitigen Benehmen gestellt oder weiter verfolgt werden.

Auf dieser Grundlage wird die Reichsregierung mit den obengenannten Fraktionen des Reichstages in Verbindung treten, um durch fortgesetzte engste Fühlungnahme die Erreichung dieser politischen Ziele zu gewährleisten. Sie wird gleichzeitig die von ihr angestrebte Erweiterung des Reichskabinetts ohne weiteren Verzug in die Wege leiten."

Die Fraktionen haben zu diesem Appell des Kabinetts soweit sie es für notwendig erachteten, gestern nachmittag Stellung genommen. Die demokratische Reichstagsfraktion hat den Entschließungen der Regierung in allen ihren Teilen zugestimmt. Dabei wurde zum Ausdruck gebracht, daß, wenn auch formal die Große Koalition nicht zustande gekommen sei, sie praktisch nunmehr in die Wege geleitet worden ist. Die Zentrumsfraktion beschloß nach kurzer Aussprache, sich auf den Boden der Regierungserklärung zu stellen und die Mitteilung des Reichskanzlers zustimmend zur Kenntnis zu nehmen, daß er dem Reichspräsidenten die Ernennung dreier Mitglieder der Zentrumsfraktion zu Reichsministern vorschlagen wolle. Die Deutsche Volkspartei, deren Beratung die Minister Dr. Stresemann und Dr. Curtius beiwohnten, hat nach mehrstündiger Aussprache in der die Ministerlandidatur Wirths breit erörtert wurde, mit großer Mehrheit beschlossen, „sich dem Appell der Reichsregierung an die Parteien nicht zu entziehen und loyal an der Gestaltung des Haushaltplanes auf der Grundlage der bisher getroffenen Vereinbarungen mitzuarbeiten". Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion war nicht versammelt.

*

So ist nach mannigfachen unerwarteten Zwischenfällen das Ziel erreicht: eine aktionsfähige Regierung, die der Unterstützung einer großen Mehrheit des Parlaments sicher ist. Formal gesehen, ist zwischen der Regierung Müller-Franken und den Parteien ein politisches Abkommen, eine Gentleman-Agrement geschlossen worden, das sich auf ein bestimmtes, genau umschriebenes Arbeitsprogramm erstreckt und, dadurch bedingt, auch nur für eine begrenzte Zeit dauert gilt: In den Entschließungen der Reichsregierung ist als dieses Arbeitsprogramm vor allem der Reichshaushaltsplan bezeichnet, der alsbald im Reichstag zur Verabschiedung gelangen soll. Auf Grund der Vorschläge, die von den Steuersachverständigen der Parteien gemeinsam vereinbart worden sind. Für diese Arbeit hat die Reichsregierung die Unterstützung der Fraktionen erbeten und setzt dabei voraus, daß etwaigen Anträgen auf weitere Streichungen über diese Vorschläge hinaus oder auf höhere Ausgabenbewilligungen Widerstand entgegengesetzt werden wird. Dieser Satz gilt vor allem der zweiten Baurate für den Panzerkreuzer, wenn auch der Streitpunkt, wie die sozialdemokratische Fraktion bei der Abstimmung über diese Etatposition sich verhalten werde, stillschweigend übergangen, die Entscheidung der Zukunft überlassen wird.

Auf einen interfraktionellen Ausschuß wird verzichtet, aber es wird erwartet daß Anträge von grundsätzlicher Bedeutung nur im gegenseitigen Benehmen gestellt werden und es wird angekündigt, daß die Reichsregierung mit den Parteien der Mehrheit in Verbindung treten wird, um durch fortgesetzte engste Fühlungnahme die Erreichung dieser politischen Ziele zu gewährleisten. Die Grenzen sind deutlich abgesteckt. Es ist nicht zu verkennen, daß vor allem die Deutsche Volkspartei diese Grenzziehung zunächst auch gewahrt wissen will. Ihr Beschluß stellt auch bewußt nicht mehr in Aussicht als loyale Mitarbeit an der Gestaltung des Haushaltsplanes auf der Grundlage der getroffenen Vereinbarung. Nicht mehr. Man muß sich erinnern, daß der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei vor einigen Wochen ausgesprochen hat, daß eine Mehrheit der Großen Koalition im Reiche erfolgreich nur wirken könne, wenn Kabinett und Regierungskoalition in Preußen die gleiche politische Gestaltung erhalten. Dieser Vorbehalt für die Zeit nach der Verabschiedung des Etatgesetzes ist mit dem Beschluß der Reichstagsfraktion unausgesprochen enthalten.

Politisch gesehen ist die Große Koalition in Wirklichkeit da. Sie hat sich im Reichstage etabliert, wenn sie auch vorläufig ihr Inkognito wahrt. Starke Hemmungen bei der Deutschen Volkspartei sind bereits beseitigt, über das Sparprogramm, die Steuerpolitik ist ein Einvernehmen erreicht. Die Erfüllung des

Der Stillstand in Paris

Auf der Suche nach dem Schuldigen / Das Erstaunen, als man zusammenaddierte / Zweiteilung der deutschen Zahlungen

1st **Paris**, 10. April

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

Im Hotel „George V." dauern die Sonderkonferenzen der Gläubiger fort. Aber trotz der auch gestern wieder bis in die späte Nacht hinein fortgesetzten Beratungen ist es bisher nicht gelungen, das auf eine Sandbank geratene Konferenzschiff wieder flottzumachen. Moreau, Stamp, Pirelli und Francqui, die Delegationschefs Frankreichs, Englands, Italiens und Belgiens, verharren auf ihren Positionen, und keiner von ihnen scheint den ersten Schritt zu den von allen als notwendig und unerläßlich erkannten Konzessionen machen zu wollen. So ist auch eine heute vormittag unter dem Vorsitz von Owen Young abgehaltene neue Besprechung ergebnislos verlaufen, und die Aussichten für eine Verständigung innerhalb des Lagers der Gläubigerländer scheinen in immer weitere Ferne zu rücken.

Die französische Presse verfolgt diese Entwicklung der Dinge mit wachsender Nervosität. Bisher konnte sie wenigstens für alle Schwierigkeiten, auf die die Verhandlungen gestoßen sind, die deutsche Delegation als den Sündenbock hinstellen. Jetzt muß sie ihre falsche Laune an den eigenen Bundesgenossen auslassen. Bald sind es die Amerikaner, bald die Engländer und Italiener, die sie für die Krisen verantwortlich zu machen versucht.

Wie groß die Schwierigkeiten sind, die Verhandlungen über den toten Punkt hinwegzubringen, auf dem sie seit dem Ende der vergangenen Woche angelangt sind, zeigen die heute von der Pariser Presse genannten Zahlen. **Nach ihren Mitteilungen soll die Gesamtheit der von den vier Hauptgläubigerländern dem deutschen Delegationsführer Dr. Schacht präsentierten Rechnungen sich auf einen Betrag belaufen, der bei einer Zahlungsdauer von 50 Jahren eine Annuität von 2,6 Milliarden, bei einer solchen von 37 Jahren eine Annuität von sogar 2,9 Milliarden erfordern würde.**

Man braucht sich nur daran zu erinnern, daß noch vor kaum einer Woche in der alliierten Presse als Forderung der Gläubiger eine Annuität von 1,8 Milliarden genannt worden war mit dem ausdrücklichen Hinzufügen, daß zwischen dieser Forderung und der Höchstleistung, die die deutsche Delegation als für die deutsche Wirtschaft tragbar ansehe, eine Differenz von noch mindestens drei- bis vierhundert Millionen Mark bestehe, um sich zu vergegenwärtigen, **daß die Konferenz heute von der Endlösung weiter entfernt ist denn je.**

Der „Intransigeant" veröffentlicht heute ein Interview mit einem der Mitarbeiter von Pierpont Morgan, der sich trotz alledem sehr hoffnungsvoll über die Verhandlungsaussicht geäußert haben soll. Nach seinen Mitteilungen soll die Konferenz zunächst von dem Plan einer möglichst raschen Kommerzialisierung der deutschen Gesamtschulden ausgegangen, dabei aber auf den Widerstand vor allem Frankreichs und Belgiens gestoßen sein, die davon die Gefahr einer definitiven Konsolidierung auch ihrer eigenen Schulden gegenüber Amerika befürchtet hätten. Die Konferenz habe sich deshalb den Gedanken einer Zweiteilung der deutschen Annuität zu eigen gemacht.

Der eine Teil, der den Beitrag zu den eigentlichen Reparations- und Wiederaufbaukosten darstelle, werde, so rasch dies die Verhältnisse auf den internationalen Geldmärkten gestatten, mobilisiert werden, der andere Teil, der in voller Uebereinstimmung mit den von den Alliierten gegenüber Amerika übernommenen Schuldverpflichtungen aufgebracht werden soll, werde voll und ganz den Charakter einer politischen Schuld behalten. Auf diese Weise halte man die Tür offen für die Eventualität eines späteren ganzen oder teilweisen Verzichtes der Vereinigten Staaten auf ihre Forderung. Eine solche Geste Amerikas liege keineswegs außerhalb des Bereiches der Möglichkeiten, und deshalb habe man ihr in der Struktur des neuen deutschen Zahlungsplanes in weitestgehendem Maße Rechnung tragen müssen.

Die deutsche Schuld bliebe also zu einem beträchtlichen Teile politisch und in diesem Sinne „provisorisch".

Mit der Verständigung über dieses System, meinte der Interviewte, habe die Konferenz bereits den schwierigsten Teil ihrer Aufgabe gelöst, denn die Einigung über die Ziffern, die noch gefunden werden müsse, biete im Grunde weit weniger Schwierigkeiten als die bereits zustandegekommene Lösung der prinzipiellen Seite des Problems. Ob auch die amerikanischen Delegierten auf der Konferenz diesen Optimismus teilen, darüber wird im „Intransigeant" leider nichts gesagt. Es sieht einstweilen gar nicht so aus.